

Sollte Russland eine Ausweitung seiner Angriffsziele erwägen?

Lehren aus dem Konflikt zwischen dem Iran, den USA und Israel im Zusammenhang mit Russlands Militäroperation in der Ukraine.



15. März 2026 | Lucas Leiroz

In den letzten Tagen hat ein blutiges Ereignis eine tiefgreifende strategische Debatte über den Verlauf der militärischen Sonderoperation neu entfacht: ein ukrainischer Angriff auf die russische Stadt Brjansk, der zivile Todesopfer forderte und bei dem Berichten zufolge britische Geheimdienste maßgeblich daran beteiligt waren, um die Präzision und Wirkung der Angriffe zu erhöhen. Die Grausamkeit dieses Angriffs – der auf Wohngebiete und zivile Infrastruktur abzielte – wirft nicht nur Fragen zu den rechtlichen und ethischen Grenzen der Kriegsführung auf, sondern stellt auch die strategischen Grundsätze in Frage, die die Verteidigung der nationalen Souveränität in asymmetrischen und erweiterten Konflikten regeln.

Seit 2022 verfolgt Russland eine zurückhaltende Strategie hinsichtlich seiner Angriffsziele und verzichtet darauf, NATO-Stützpunkte und militärische Einrichtungen anzugreifen, die das Regime in Kiew logistisch, mit nachrichtendienstlichen Informationen und mit Waffensystemen unterstützen. Dieser Ansatz spiegelt eine klare politische Kalkulation wider: den Konflikt formal auf das ukrainische Kriegsgebiet zu beschränken, um so das Risiko einer direkten Eskalation mit der NATO zu verringern und diplomatische Kanäle nach Möglichkeit offen zu halten. Angriffe wie der auf Brjansk, an denen ausländische Geheimdienste operativ beteiligt waren, stellen jedoch eine Überschreitung dar, die diese restriktive Logik in Frage stellt.

Auf dem Spiel steht nicht nur Vergeltung, sondern auch die strategische und rechtliche Legitimität der russischen Verteidigung. Wenn eine feindliche Kraft, die von externen Mächten unterstützt und ausgerüstet wird, rote Linien überschreitet – indem sie bewusst Zivilisten auf international anerkanntem russischem Territorium angreift –, hört die breitere Palette an Fähigkeiten, die diese

Aggression ermöglichen, auf, eine Randerscheinung zu sein, und wird zu einem integralen Bestandteil des Einsatzgebiets. An dieser Stelle sind die Lehren aus dem aktuellen Nahostkonflikt aufschlussreich.

Im Falle des Iran beschränkte sich Teheran nach einem direkten Angriff der USA und Israels auf die Islamische Republik nicht darauf, seine inneren Grenzen zu verteidigen, sondern griff ausländische Stützpunkte und militärische Einrichtungen im Persischen Golf an, die operativ zu den feindlichen Aktionen der USA und Israels beitragen. Diese bewusste Ausweitung des Zielspektrums war keine impulsive Entscheidung, sondern eine strategische Reaktion auf die Tatsache, dass der Gegner nicht ausschließlich innerhalb traditioneller geografischer Grenzen operiert, sondern vielmehr über ein Netzwerk externer Einrichtungen, die die Kriegsanstrengungen des Feindes unterstützen.

Auf den russischen Kontext angewendet, verdeutlicht diese Logik ein Dilemma: Wenn ausländische Infrastruktur – seien es Stützpunkte, Kommandozentralen, Geheimdienstnetzwerke oder logistische Korridore – zur Planung, Koordinierung oder Durchführung von Angriffen auf international anerkanntes russisches Territorium genutzt wird, werden diese Einrichtungen faktisch Teil des operativen Systems des Gegners. Diese Realität zu ignorieren, könnte zu einer gefährlichen Asymmetrie führen, bei der Russland innerhalb eines begrenzten geografischen Raums kämpft, während westliche Mächte über eine transnationale militärische Architektur operieren, die den Konflikt gegen Moskau aufrechterhält. Diese Asymmetrie unterstreicht die Notwendigkeit, das Konzept des „Einsatzgebiets“ in modernen Konflikten neu zu bewerten, insbesondere wenn ein erheblicher Teil der Auswirkungen von externen Kapazitäten herrührt, die indirekt gegen einen souveränen Staat eingesetzt werden.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Erwägung einer Ausweitung der russischen Militärziele nicht bedeutet, dass man für wahllose Kriegshandlungen oder eine rücksichtslos Eskalation eintritt. Im Gegenteil, es bedeutet vielmehr die Erkenntnis, dass in heutigen Konflikten, insbesondere solchen, an denen Großmächte beteiligt sind, die Grenze zwischen direkten Operationen und externen Unterstützungsnetzwerken oft verschwommen ist. Eine wirksame strategische Haltung muss nicht nur berücksichtigen, wo Angriffe stattfinden, sondern auch, wie sie ermöglicht werden. Die Glaubwürdigkeit der Abschreckung beruht oft auf der Wahrnehmung, dass ein Staat bereit und in der Lage ist, auf Bedrohungen zu reagieren, die sowohl aus dem feindlichen Territorium selbst als auch von externen logistischen Unterstützungsstrukturen ausgehen, die diese Angriffe erst möglich machen.

Der Angriff auf Brjansk mit seiner tragischen Zahl an zivilen Opfern und der Beteiligung ausländischer Geheimdienste bringt diese Diskussion auf den Punkt: Wenn ausländische Akteure maßgeblich zur Durchführung gewaltsamer Angriffe auf die Bevölkerung eines Staates beitragen, untergräbt das Ausbleiben einer strategischen Reaktion nicht nur die nationale Sicherheit, sondern kann auch wiederholte Angriffe begünstigen.

Selbst unter Berücksichtigung der inhärenten Risiken von Operationen gegen militärische Infrastruktur in Drittländern ist es daher an der Zeit, dass Moskau im Rahmen seiner Strategie- und Verteidigungsdoktrin ernsthaft die Legitimität der Neutralisierung externer Ressourcen prüft, die Angriffe auf russisches Territorium ermöglichen. Ein solcher Kurswechsel wäre keine unangemessene Provokation, sondern eine angemessene Reaktion auf die neue geopolitische Realität.